



Tag X – Kein Atomklo Gorleben!

Querstellen gegen den Castortransport im November 2005



Zwischen dem 6. und 16. November steht der nächste Transport mit 12 hochradioaktiven Castorbehältern aus der französischen Plutoniumfabrik La Hague nach Gorleben an. Die berühmt-berüchtigte „fünfte Jahreszeit“ im Wendland rückt näher. Schon seit Ende August hocken Polisten in Containern und bewachen die Bahnbrücken der Bahnstrecke zwischen Lüneburg und Dannenberg. Dort wird die radioaktive Fracht von der Bahn auf Straßencontainer umgeladen, denn die letzten 20 Kilometer bis nach Gorleben rollt die heiße Fracht auf der Straße.

Die enorme Gefährlichkeit der Atomabfälle provoziert eine polizeiliche und militärische Absicherung. Gleichzeitig hinterlässt die Atomwirtschaft der Nachwelt ihr strahlendes Erbe mit

todbringenden Folgen. Der Müll wird in Gorleben nicht „entsorgt“, sondern nur oberirdisch abgestellt. Gleich in Nachbarschaft des – zur Zeit eingemotteten Bergwerks im Salzgestein Gorlebens, wo in rund 800 Metern Tiefe der Müll versenkt werden soll. Wissenschaftler fordern heute für die Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll einen Sicherheitsnachweis von über 1 Million Jahre. Es werden also 50.000 Generationen der Strahlung ausgesetzt, nur weil „heute“ die Atomindustrie finanziell den Hals nicht voll genug bekommen kann. Ein unvorstellbarer Zeitraum, voller geologischer Umbrüche, Eiszeiten und diverser anderer Unwägbarkeiten. Hätten die Neandertaler ein nukleares Feuer entfacht, es würde heute noch brennen. Und niemand könnte es löschen.

Es geht den Atomstromern ausschließlich um gigantische Geldsummen, um ihren Profit auf Kosten von Menschen und der Umwelt. Und selbst an der Atommüll-Misere lässt sich verdienen: Die deutschen Atommüller haben steuerfreie 35 Milliarden Euro Rückstellungen für zukünftige Entsorgungskosten auf ihre Finanzhalden getürmt. Ein gigantisches Vermögen, ein gigantisches Machtmittel. Schamlos kaufen sie sich mit den Müllmilliarden in neue monopolartige Stellungen wie die Wasserwirtschaft oder Verpackungsindustrie ein.

Die über 60jährige Geschichte der Atomkraft ist eng mit dem militärischen Bereich verknüpft. Die sogenannte zivile Nutzung ist ein späteres Nebenprodukt aus der Atombombenforschung. Aus militärischem Interesse befinden sich in den klassischen Atombombenstaaten deshalb auch die Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA), in denen Plutonium abgetrennt wird.

Die Anti-Atom-Bewegung als soziale Bewegung ist ein wesentlicher Bestandteil im Kampf gegen die global player. Gorleben beispielsweise, als sozialer Ort im Widerstand, bietet Visionen und kommunikativen Platz für ein Umdenken. Der Widerstand wird „von der Oma bis zum Enkel“ in einer fantasievollen bunten Mischung mitgetragen. Der inzwischen 28jährige kontinuierliche Kampf für ein gemeinsames Ziel führt die unterschiedlichsten Menschen zusammen und ermöglicht darüber hinaus einen Austausch über viele andere Missstände.

Die gemeinsame Erfahrung der Kriminalisierung und Entrechtung schweißt zusammen. Die Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit, freie wahrnehmbare Meinungsäußerung und informationelle Selbstbestimmung werden regelmäßig mit Polizeistiefeln getreten.

Demonstrationsverbotszonen von 70 km Länge und zwischen 100 m bis 500 m Breite werden regelmäßig gegen die Proteste der Bevölkerung verhängt. Gorleben hat bislang die neun größten Polizeieinsätze der Nachkriegsgeschichte erlebt. Mit dem nächsten Transport wird die zweifelhafte „Hitparade“ der Polizeieinmärsche komplett. Herzlich willkommen zur Besichtigung des real existierenden Atomstaats!

...Stopp Castor...Stopp Atomstaat...Stopp Polizeistaat...

Wir sind keine „kriminellen Chaoten“, sondern Menschen, die Verantwortung für sich und ihre Kinder übernehmen und eine lebenswerte Umwelt zu verteidigen haben. Jeder Atommülltransport in die oberirdische Gorlebener Zwischenlagerhalle macht ein Endlager im Gorlebener Salzstock wahrscheinlicher. Dabei ist seit über 2 Jahrzehnten wissenschaftlich die Untauglichkeit nachgewiesen. Über Grundwasserkontakt gelangen die radioaktiven Isotope ungeschützt in die Biosphäre.

Museumsdorf für technische Fehlentwicklungen statt Atommüllklo

Wir fordern, die Gorlebener Atomanlagen in ein "Niedersächsisches Museumsdorf für technische Fehlentwicklungen des 20. Jahrhunderts" umzuwandeln. Dort könnte die Gefährdung der Biosphäre durch den sogenannten „Kernbrennstoffkreislauf“ dargestellt, erläutert und dokumentiert werden. Allerdings müsste die Castorhalle, die laut Betreiber nur ein Wetterschutz ist, noch abgedichtet werden, bevor sie als Museum dienen könnte. Ein Bruchteil der bisherigen Polizeieinsatzkosten würden mit Sicherheit für das Museumsprojekt ausreichen.

Atomkraft oder Demokratie?

Wir gehen auf die Strasse, um unsere Rechte einzufordern. Der Polizeiapparat soll wieder einmal eine hochgefährliche und unsinnige Energiepolitik gegen den Willen und auf Kosten der Bevölkerung durchknüppeln. Wir müssen zusammen darum kämpfen, dass unsere in der Verfassung garantierten Grundrechte nicht weiter mit Polizeistiefeln getreten werden. Wir haben das Recht auf körperliche Unversehrtheit, Demonstrationsfreiheit, freie wahrnehmbare Meinungsäußerung und informationelle Selbstbestimmung. Niedersachsens Innenminister hat angekündigt: "Wer sich in Gorleben ankettet, hat mit einem Gentest zu rechnen..." Nicht im

Inhalt

- S. 1 Tag X — Kein Atomklo Gorleben!
- S. 2 Einblick in Endlager-Gutachten
Ohne Deckgebirge kein Salzstock
- S. 3 Kontaminierte Atommüllfässer
- S. 4 Zwischenlager in Gorleben blockiert
- S. 5 Hausdurchsuchung war rechtswidrig!
Musenpalast 2005
- S. 6 Südwestdeutsche Antiatom-Demo
BBU protestiert gegen Uranfabrik
BBU warnt vor Urananreicherung
Sorge um Tschernobyl-Sarkophag
- S. 7 Uranmangel treibt Preis
Finanziert die Weltbank Atomkraft?
- S. 8 Demonstration in Südthringen
Verschiedenes & Termine & Service

Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebinden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmelze Mol entdeckt („Transnuklearkandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlageregesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

CASTOR-Halle

Die Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summieren sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei

Grundgesetz festgeschrieben ist, dass die Atomindustrie ein Recht hätte, auf Kosten unserer Gesundheit und der zukünftiger Generationen Profite einzufahren, mit der unverantwortlichen Produktion hochgiftiger Stoffe, die noch in 1 Million Jahre tödliche Folgen haben werden.

Es kann nicht angehen, dass jede Imbissbude, die nicht nachweisen kann wie sie ihr Fett entsorgt sofort dicht gemacht würde, während die Betreiber von Atomanlagen

trotz einer über 60jährigen Historie einer weltweit ungelösten und unlösbaren „Entsorgung“ unter Polizeischutz gestellt werden! Wir werden uns weiter entschieden dagegen zur Wehr setzen. Kommt zahlreich und beteiligt euch mit bunten und fantasievollen Protesten entlang der Transportstrecke und rund um Gorleben.

Für den sofortigen Ausstieg aus der Atomindustrie!
Wolfgang Ehmke/Francis Althoff

Einblick in Endlager-Gutachten

„Warum sollen jahrzehntelange Sicherheitskriterien plötzlich keine Rolle mehr spielen?“

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um die Sicherheit des als Atommüllendlager erkundeten Salzstocks Gorleben schlägt die örtliche Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg (BI) Alarm. Grund ist die offensichtliche Abkehr der Bundesregierung vom seit den achtziger Jahren vorausgesetzten Mehrbarrierenkonzept zur Verhinderung des Eindringens radioaktiver Stoffe in die Biosphäre.

Denn aus einer Antwort des Bundesumweltministeriums (BMU) auf Fragen des Ausschusses Atomanlagen des Landkreises Lüchow Dannenberg geht hervor, die bisherigen Erkundungsergebnisse im Salzstock Gorleben „weisen große ungestörte Salzpartien aus, welche die geforderte Barrierefunktion übernehmen könnten. Das Deckgebirge weist in der Tat eine geringe Barrierewirkung auf“, bestätigt das BMU in dem Schreiben.

Die BI verlangt nun eine genaue Aufklärung der Öffentlichkeit, warum das Deckgebirge über dem Salzstock offensichtlich nach Auffassung des BMU plötzlich keine sicherheitsrelevante Rolle mehr spielen soll. „Seit den achtziger Jahren ist bekannt, dass das marode Gorlebener Deckgebirge unter sicherheitstechnischen Aspekten ungeeignet ist, die zum Teil über eine Million Jahre strahlenden radioaktiven Gifte über Wasserwegsamkeiten von der Lebensumgebung fern zu halten“, erinnert der BI-Sprecher. „Wenn nun diese Tatsache tatsächlich seitens des BMU als unwichtig eingestuft wird, ist dies ein unglaublicher Skandal, der umgerechnet 50.000 Generationen betreffen wird“.

In Briefen an das BMU und das Bundesamt für Strahlenschutz verlangt die BI deshalb Einblick der Öffentlichkeit in Gutachten, die scheinbar zur Aufgabe der Sicherheitskriterien geführt haben könnten. Laut BI wurden 11 Zweifelsfragen zur Geeignetheit von Salz als Wirtsgestein für hochradioaktiven Atommüll zur Erstellung von Gutachten vergeben. „Die Ergebnisse der Prüfung der Einzelfragen sollen in einem zusammenfassenden Bericht zum Vergleich der Wirtsgesteine integriert werden, der im zweiten Halbjahr 2005 vorgelegt werden soll,“ äußerte sich letztes Jahr die Bundesregierung auf eine Bundestagsanfrage.

50.000 Generationen betroffen ...

Die vom Zeitrahmen letzte der 11 Untersuchungen sollte laut Plan im Juni diesen Jahres vorliegen. Der darin enthaltene spezielle Auftragsstiel „Bedeutung des Mehrbarrierenkonzepts für ein Endlager für radioaktive Abfälle beim Nachweis der Einhaltung von Schutzziele“ wurde nach Kenntnis der BI im März 2004 vergeben und sollte am 31. März diesen Jahres vorliegen. Zu den 11 Zweifelsfragen wurden im Einzelnen Aufträge zu den Themen Naturbeobachtung, Sicherheitsindikatoren, Chemotoxische Stoffe, Kritikalität, Rückholbarkeit, Isolations- und Nachweiszeitraum, Menschliche Einwirkungen, Gasentwicklung, Modellrechnungen, Geochemische Prozesse und Mehrbarrierenkonzept. Das letzte Gutachten zur Thematik Rückholbarkeit sollte planungsgemäß im Juni 2005 vorliegen.

Francis Althoff

Ohne Deckgebirge kein Salzstock

Gorleben darf niemals Endlager werden!

Im November sollen wieder zwölf Behälter mit hochradioaktivem Atommüll aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague nach Gorleben gekarrt werden. Wenn „wir“ diesen Transport schon nicht verhindern, aber mindestens politisch und demonstrativ behindern können, werden weitere Mosaiksteinchen das Gorlebener „Endlager“ zementieren, obwohl immer deutlicher wird, dass dieser Salzstock völlig ungeeignet ist. Für mindestens eine Million Jahre muss diese tödliche Hinterlassenschaft des „homo sapiens“ vor der Umwelt abgeschottet werden.

Nun hat unlängst das Bundesumweltministerium (BMU) die lange bekannte Tatsache bestätigt, dass Gorleben kein geschlossenes Deckgebirge als zweite geologische Schutzbarriere über dem Salzstock besitzt (GR berichtete). In einer Veranstaltung der BI „Warum Gorleben weiter erkunden“ Anfang September kommentierte der Geologe und Ex-AKEnd-Mitglied Detlev Appel diesen Fakt treffend: „Ein Salzstock ohne Deckgebirge ist kein Salzstock“.

Denn im Verlauf der Erdgeschichte bildeten sich Salzstöcke, die durch Druck der aufliegenden schwereren Deckgebirgslagen - die ein größeres spezifisches Gewicht haben als die ehemaligen „Salzkissen“ - das über geologische Zeiträume plastische Salz nach oben aufwölbten bzw. „aufquollen“. Und jede als „Salzstock“ bezeichnete Formation hatte einst ein darüberliegendes sog. „Deckgebirge“, das diesen schützt, zum Beispiel vor Wasserzutritten, denn nur durch Wasser wird das Salzgestein abgelagert und der Salzstock verliert in erdgeschichtlicher Zeit einen größeren Teil seiner Masse. Als Relikte verbleiben dann die unlösbaren Gesteinsreste, der sogenannte „Gipshut“ über dem Salzspiegel.

Beim Gorlebener Salzstock zeigt sich eine besondere Gefährdung. Ein großer Teil ist von der sogenannten „Gorlebener Rinne“ durchzogen, wo Gletscher in den letzten Eiszeiten schützende Tonschichten ausgeräumt und beiseite geschoben haben, und deren Schmelzwasser beim Abtauen Unmengen Sande und Kiese in den Rinnenbereich, sogar bis in den Salzstock hinein, transpor-

tiert haben. Und genau in diese „Gorlebener Rinne“ sind die beiden Schächte des „Erkundungs“-Bergwerks hineingetrieben worden. Diese nahezu seit Anfang an bekannte Tatsache der Untersuchung des Gorlebener Salzstocks wird von den Befürwortern einer schnellen Lösung der Atommüllproblematik bewußt ignoriert. Gorleben wird von atomgläubigen Politikern und Wissenschaftlern immer noch als „eignungshöflich“ beschworen, aber in vergleichenden Untersuchungen systematisch ausgeklammert. Die Fakten fasste Heinrich Messerschmidt von der BI-„Fachgruppe Radioaktivität“ in seinem Vortrag noch einmal zusammen.

Schweres Kopfzerbrechen bei Sicherheitsexperten

So reicht eine steil in die Tiefe abtauchende Bank des spröden, rissigen, gasdurchlässigen, sich im Gegensatz zu Salz nicht plastisch verformbaren Minerals Anhydrit bis in den „Erkundungsbereich“ des Endlagers. Besucher der Stollen können diese mehrere Meter breite Schichtung sehr gut an den braun-violetten Farbwandlungen erkennen. Wegen der Sprödigkeit sind sie im Gegensatz zum Steinsalz mit Netzen und Stahlträgern gesichert. Außerdem reicht eine 10 bis 30 Meter breite Schicht von Carnallit – ein Mineral, das sich bei Temperaturen von 180 bis 200 Grad verflüssigt, und wegen seiner Wechselwirkungen in Zusammenspiel mit Salz und Wasser Sicherheitsexperten schweres Kopfzerbrechen bereitet – bis in das geplante Endlager hinab. Keine Basis für ein „Endlager“, das den hochradioaktiven Atommüll länger als 50000 Jahre sicher vor der Biosphäre abschließen soll – von der anvisierten eine Million Jahren ganz abgesehen. Über die Anhydrit- und Carnallitschichten kann an die im aggressiven Salz liegenden Lagerbehälter Wasser dringen und die hochradioaktiven langlebigen Radionuklide nach oben transportieren. Ein Schutz des Salzstocks vor Grundwasser besteht mangels eines dichten Deckgebirges ja nicht. Selbst die bundeseigene „Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe“ (BGR) hat in einem Aufsatz zur „Süß-/Salzwasserverteilung im Deckgebirge des Salzstocks Gorleben“ aus dem Januar 2003 bestätigt, dass es „aufgrund lokal erhöhter vertikaler Durchlässigkeiten innerhalb des Lauenburger Tones zu einem vertikal gerichteten Aufstrom von Salzwässern aus der Gorlebener Rinne in das obere Aquifersystem“ komme. Und „Diese Salzwässer gelangen in den Grundwasseraufstromgebieten der Elbeniederung in verdünnter Form bis in den oberflächennahen Grundwasserleiter“ (nachzulesen bei: www.bgr.de (In der Suche: Süß-/Salzwasserverteilung).

Diese k.o.-Kriterien für ein „Endlager Gorleben“ sind ausreichend lange bekannt – nicht nur den Wissenschaftlern, sondern auch den Menschen, die beispielsweise bei Wootz auf der anderen Elbseite in nur wenigen Metern Tiefe salzhaltiges Grundwasser finden. Auch die BGR selber hat im Auftrage der damaligen Bundesregierung erneut nach alternativen „erkundungswürdigen“ Endlager-Salzstöcken gesucht – allerdings ohne Gorleben auch vergleichend mit einzubeziehen – das war auftragsgemäß ausgeschlossen! Und so hatten die Gutachter Dr. F. Kockel und Dr. Peter Krull im August 1995 dann nur drei bedingt für die Atommüllagerung „erkundungswürdige“ Salzstöcke benannt: Waddekath, Wahn Zwischenahn, mit erheblichen Bedenken noch Gülze-Sumpte. In der Werteskala der etwa 41 bewerteten Salzstöcke wäre Gorleben ungefähr bei den Positionen 25 bis 30 einzuordnen!

Zu berücksichtigen ist weiter die enorme Wärmemenge, die bei der Einlagerung von hochradioaktivem Atommüll in das Salz übergeht, und danach in die umliegenden Randbereiche und über das Deckgebirge abgeleitet werden muss. Wenn immer wieder beteuert wird, dass das Salzstockinnere seit Jahrmillionen unberührt geblieben sei, wird dabei gedanklich ausgeklammert, dass es in dieser Zeit niemals einen solchen Wärmeeintrag gegeben hat. Nach vorsichtigen Einschätzungen wird sich allein durch Wärmeausdehnung des Salzgesteins die Oberkante des Salzstocks mit seinem Deckgebirge, innerhalb von 3000 Jahren zusätzlich um vier Meter anheben...

Geologie läßt sich nicht austricksen

Warum unter diesen Umständen überhaupt damit begonnen wurde, 1,5 Milliarden Euro – davon mehr als 60% für das eigentliche „Endlager“ - im Salz zu verbuddeln, ist immer wieder unverständlich, auch warum der Bundesumweltminister das von ihm selbst als „Schwarzbau“ bezeichnet Erkundungsbergwerk nicht längst auf Dauer stillgelegt hat. Und weder eine Schwarz-Gelb-Grüne, noch eine Schwarz-Rote, noch sonst irgendeine Koalition kann diese Fakten „wegvereinbaren“.

Eine Sofort-Lösung ist nicht in Sicht. Daher darf kein Gramm zusätzlicher Atommüll mehr produziert werden! Auch wenn noch so viele CASTOREN Druck ausüben und darauf warten, im Salz verbuddelt zu werden – Geologie läßt sich nicht austricksen. Die Menschen im Wendland auch nicht. Sie stellen sich quer.

Dieter Metk

Seerau/ Hitzacker sich für die tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 56 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagegericht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan. Rot-Grün will offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wird nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder untergemischt wird.

Kontaminierte Atommüllfässer **AKW-Betreiber „kontrollieren“ sich selbst ...**

Bei 5 Atommüllbehältern, die am 14. September aus dem AKW Krümmel in Schleswig Holstein ins niedersächsische Zwischenlager Gorleben verfrachtet wurden, ergaben Messungen, dass die radioaktiven Grenzwerte bis über das fünffache überschritten worden sind. Das niedersächsische Umweltministerium (NMU) gab das Ergebnis der Eingangsmessung im Zwischenlager am bekannt.

Das NMU als zuständige Aufsichtsbehörde stellt sich nun aber nicht dem von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg erhobenen Vorwurf mangelnder Überprüfung der Atommüll - Strassentransporte durch Niedersachsen sondern gab stattdessen lapidar bekannt, keine Gefährdung der Umgebung und des Betriebspersonals hätte nicht vorgelegen. Frech wurde obendrein behauptet, der Fall sei einmalig.

Zur Erinnerung: Schon 1987 hatten die damaligen Atommüllkutscher „Transnuklear“ 312 Fässer als schwach strahlenden Atommüll deklariert, obwohl sie den hochradioaktiven und giftigen Stoff Plutonium enthielten. Auch die Absender des brennenden Strahlendrecks blieben zunächst unbekannt. Schmiergeldzahlungen in Millionenhöhe sind dabei geflossen und der Firma wurde die Transportgenehmigung entzogen.

Strafanzeige gegen die Betreiber

Für die Betreiber des Gorlebener Zwischenlagers allerdings, die diese teilweise aufgeblähten Fässer ungeprüft stapelten, ergab sich trotz der offenkundigen eklatanten Sicherheitsverstöße nicht die Konsequenz des Entzugs der Betriebsgenehmigung. 1998 wurde der Kontaminations-

skandal um die bis zu 40fache Überschreitung der Grenzwerte beim Transport von Castorbehältern bekannt. Drei Jahre lang durfte kein Castor mehr rollen.

Wie erschreckend locker mit brennendem Atommüll umgegangen wird zeigt sich auch am Absende - AKW Krümmel. Die kontaminierten eineinhalb Meter hohen Gussbehälter sind schließlich schon 1996 im Brennelementlagerbecken mit radioaktiven Einbauteilen aus dem Reaktorkern beladen worden. Bei der Abfahrt war der Betreiber des AKW ... trotz behaupteter Messungen nicht in der Lage Kontaminationen festzustellen und haben drastisch gegen

die gesetzlich festgelegten Grenzwerte eines Straßentransports und der Einlagerung im Zwischenlager verstoßen.

Eine zusätzliche Brisanz zeigt sich darin, dass die Betreiberin des Gorlebener Zwischenlagers, „GNS“, eine Tochterfirma der atommüllproduzierenden Energieversorger ist. Die AKW-Müller kontrollieren sich also selbst. In diesem Zusammenhang ist es unerträglich, wenn sich die versagende Aufsichtsbehörde NMU durch Verharmlosung für die reinen Kapitalinteressen der Betreiber auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung stark macht. Wie geschützt die Interessen der AKW-Betreiber werden zeigt ein

simpler, wenn auch hinkender Vergleich. Wenn bei einer Polizeikontrolle in einer Tempo 30-Zone eine allgemeingefährdende über fünffache Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit festgestellt würde, wäre schlicht, sofort, und für immer der Führerschein futsch! Das AKW Krümmel hingegen darf weiter reibungslos Atommüll produzieren, für dessen jahrzehntelange sichere Verwahrung keine Lösung in Sicht ist. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz hat am 19. September beim Amtsgericht Geesthacht Strafanzeige gegen die Betreiber des AKW Krümmel, Vattenfall und E.on, erstattet.

Francis Althoff

Atomares Zwischenlager in Gorleben blockiert

Die AktivistInnen forderten den Stopp der Atommüllproduktion



Am 10.09.05 blockierten rund 150 AtomkraftgegnerInnen aus dem wendländischen Widerstand das Tor zum atomaren Zwischenlager in Gorleben. Darunter waren auch mehrere AktivistInnen von ROBIN WOOD. Vier Männer kletterten über den Zaun auf das Gelände. Die AktivistInnen fordern den Stopp der Atommüllproduktion und das endgültige Aus für ein atomares Endlager im niedersächsischen Gorleben. Die Polizei ist mit etlichen Wannen, Wasserwerfern und Räumfahrzeugen aufgefahren. Derweil strömen immer mehr Leute aus dem Landkreis zum Zwischenlager-Gelände und richten sich darauf ein, für längere Zeit vor dem Tor zu bleiben.

„Wir erwarten von der neuen Bundesregierung - gleich welcher Couleur -, dass sie die Pläne beerdigt, Gorleben zum atomaren Endlager zu machen. Der Standort ist ungeeignet. Die Atommülltransporte nach Gorleben müssen gestoppt werden“, fordert Bettina Dannheim, Energiereferentin bei ROBINWOOD.

Noch immer produzieren 17 Atomkraftwerke in Deutschland tagtäglich Atommüll, der für Millionen Jahre tödlich strahlt. Ein sicheres Endlager dafür gibt es nicht - und kann es in Gorleben auch nie geben. Der dortige Salzstock ist wegen mangelnder Dichtigkeit dafür nicht geeignet. Trotzdem beharren die Atomkonzerne darauf, den Müll für immer dort zu versenken.

Auf dem Zwischenlagergelände in Gorleben befinden sich in einer Leichtbauhalle - nur 300 Meter von der Endlagerbaustelle entfernt -

schon jetzt 56 Behälter mit hoch radioaktivem Abfall. Die Genehmigung für den gefährlichen Transport der nächsten zwölf CASTOR-Behälter aus der französischen Plutoniumfabrik La Hague liegt bereits vor. ROBIN WOOD geht von einem Transport Mitte November dieses Jahres aus. Etwa 100 weitere Behälter mit Glaskokillen sollen in den nächsten Jahren folgen.

Die abgebrannten Brennelemente müssten - bevor sie unterirdisch im Salzstock eingelagert würden - noch einmal aus den CASTOREN rausgeholt und in kleinere Behälter verpackt

werden. Dafür würde eine Konditionierungsanlage gebraucht. Deshalb wurde schon vor Jahren für 400 Millionen Euro eine Pilotkonditionierungsanlage (PKA) direkt neben dem Zwischenlager gebaut. „Seit Jahrzehnten versuchen Landesregierung und Atomlobby mit einer durchsichtigen Taktik, Gorleben als Endlagerstandort zu zementieren“, so Dannheim. „Den Widerstand platt zu machen, ist über die Jahrzehnte aber nicht gelungen, er ist so lebhaft und fantasievoll wie eh und je.“

Nicht in Sicht ist, dass sich die Atompolitik nach der Bundestagswahl endlich bessert. Sollte es eine schwarz-gelbe Koalition geben, ist schon klar, dass sie sich für längere AKW-Laufzeiten einsetzen will. Dann würde der Atommüllberg weiter wachsen und das Risiko eines atomaren Super-GAU's steigen.

ROBIN WOOD fordert den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke blockiert die dringend notwendigen Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Energien aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse. Der persönliche Atomausstieg ist hingegen schnell und einfach machbar: StromkundInnen können der Atomlobby den Rücken kehren und zu einem Öko-Stromanbieter wechseln.

Bettina Dannheim/Jürgen Sattari



Hausdurchsuchung war rechtswidrig!

Polizeimaßnahme gegen die Redaktion der Zeitschrift anti atom aktuell illegal

Mit dieser Entscheidung stellte sich das Landgericht Lüneburg auf die Seite der Journalistinnen Elisabeth Krüger und Martin Nesemann. Deren Wohnungen im Wendland und die Redaktionsräume der Bewegungszeitschrift waren im August von einem Großaufgebot der Polizei durchsucht und Computer und zahlreiche Unterlagen beschlagnahmt worden.

Dagegen hatten die Hamburger Anwälte Schön und Römmig Beschwerde eingelegt. "Das Amtsgericht Dannenberg hat zu Unrecht gegen die Beschuldigten Durchsuchungsbeschlüsse erlassen" heißt es im Beschluss der 6. Strafkammer des LG Lüneburg, selbst "Anhaltspunkte, die einen Anfangsverdacht rechtfertigen, sind nicht ersichtlich."

In seiner Begründung weist die Kammer auf die besondere Schwere hin, mit der durch eine Hausdurchsuchung in Grundrechte eingegriffen wird; die sorgfältige Überprüfung des Sachverhalts durch den zuständigen Richter müsse Grundvoraussetzung einer solchen Maßnahme sein.

Eingriff in die Pressefreiheit

Der Republikanische Anwaltsverein RAV hatte zuvor in einer Stellungnahme diesen so genannten Richtervorbehalt angemahnt und gerügt, dass das Amtsgericht Dannenberg - wie bereits häufig im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Lagerung von Atom- müll in Gorleben - seine Wächterfunktion mis- sachtet habe.

Eingeleitet hatte die Staatsanwaltschaft Lüneburg das Verfahren angeblich wegen einer Aufforderung zu Straftaten. Sie nahm damit Bezug auf die Internetseite der Veranstaltungs- woche "prekär-camp"; in der Programmübersicht waren an mehreren Tagen Workshops zum Thema "Yomango" genannt. In der spanischen Umgangssprache bedeutet yo mango sowohl "ich esse" wie "ich klaue"; "Yomango" ist eine von Künstlerinnen in Barcelona initiierte Form des Protests gegen Verarmung und Verunsicherung der Lebensverhältnisse.

"Yomango" = "ich klaue"

Auch hiermit hat sich die Kammer unter Vorsitz von Dr. Gützow befasst und schreibt im Beschluß: "Zahlreiche Fragen sind offen, beziehungsweise die Antworten auf diese Fragen sind bloße Vermutungen: Wo sollten etwaige Taten stattfinden? In welchen Geschäften sollte in der provinziell angehauchten Kleinstadt Lüchow gegen angeblich zunehmende Kommer- zialisierung durch Diebstähle protestiert werden?" Eine Aufforderung zur strafbaren Handlung konnte das Gericht nicht erkennen.

"Es entsteht der Verdacht, dass hier eine aus Sicht der Staatsanwaltschaft gute Gelegenheit genutzt wurde, sich Daten über eine nicht genehme Publikation, die aaa, zu verschaffen. Hierin ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Presse- freiheit zu sehen. Auch die gesetzlichen Schweigerechte von Redakteur/innen über Informant/innen wurden so wegen eines gering- fügigen Vorwurfs schwer verletzt." schreibt



Karen Ullmann für den RAV. Da sich die Aktion gegen eine Redaktion richtete, wiege die Unverhältnismäßigkeit des Eingriffs besonders schwer, urteilt der Vorstand der Deutschen Journalisten-Union dju. Wie schon in früheren vergleichbaren Fällen könne der angebliche straf- rechtliche Anlass für die Durchsuchung nur als Vorwand für eine Ausforschung des Redaktions- geheimnisses verstanden werden. Die dju warnt ausdrücklich davor, den Vorgang wegen des geringen publizistischen Marktgewichts des betroffe- nen Presseorgans zu unterschätzen. "Die Presse- freiheit existiert entweder ungeteilt oder sie existiert nicht." mahnt Manfred Protzner, Sprecher der dju. "Wer Rechte der anderen nicht vertei- digt, setzt die eigenen aufs Spiel."

Nach Auskunft von Oberstaatsanwalt Warnecke sind die beschlagnahmten Gegen- stände freigegeben; eine Aushändigung durch Beamte der Staatsschutzpolizei sei in die Wege geleitet.

Elisabeth Krüger/Martin Nesemann

Die südwestdeutschen Antiatominitiativen rufen auf zur Demonstration am Samstag, 29.10.2005, 13 Uhr, Marktplatz Karlsruhe

AUSGESTRAHLT AUSSTEIGEN AUS DER ATOMENERGIE UMSTEIGEN AUF ERNEUERBARE ENERGIEN

Trotz der riesigen Gewinne der Atomindustrie arbeiten die Atomkraftwerke in Deutschland mit immer weniger Personal und zeitlich kürzeren Sicherheitsprüfungen. Gefährliche Störfälle häufen sich. Nicht nur das Öl wird knapp: Uran, das als Brennstoff in Atomkraftwerken benötigt wird, reicht weltweit nur noch für ca. 50 bis maximal 60 Jahre. In der Atomindustrie gibt es 35.000 Arbeitsplätze, bei erneuerbaren Energien mittlerweile 130.000, Tendenz steigend. Es gibt immer mehr strahlenden Atommüll, der weitgehend ungeschützt unter freiem Himmel oder in Hallen lagert. Auf der ganzen Welt weiß niemand, wo dieser sicher für Millionen Jahre aufbewahrt werden kann. Im November 2005 wird in Gorleben wieder strahlender Atommüll zurück aus der Wiederaufbereitungsanlage La Hague (Frankreich) erwartet. Wir produzieren immer mehr tödlich strahlenden Atommüll, aber nirgends auf der Welt hat man eine Möglichkeit gefunden, diesen für Hunderttausende von Jahren sicher aufzubewahren. Anlässlich des Castortransportes, der auch durch den Karlsruher Hauptbahnhof fahren wird, rufen wir zur Demonstration auf.

**Schluss mit der Atomenergie!
Umsteigen auf erneuerbare Energien!**

Musenpalast 2005

Wer macht mit?

Wie in den vergangenen Jahren auch, wird in der Zeit des Castor Strassen-Transportes auf einer Pferdewiese in Laase (5 km vor Gorleben) ein Kulturmarathon stattfinden. Veranstalter ist der Kulturverein Musenpalast.

Wir suchen:

- KünstlerInnen und Kulturschaffende, die sich an unserem Programm beteiligen. Lesungen, Musik, Theater, Variété etc, etc, Hauptsache unterhaltsam und technikfrei. Gerne auch Amateure, gerne auch Profis, keine abendfüllenden Programme, da Laufpublikum.
- HelferInnen, die sich am Auf- und Abbau beteiligen und feste Zeiten garantieren, während denen sie organisatorische und logistische Aufgaben übernehmen, so daß wir eine lückenlose Betreuung garantieren können.

Wir bieten:

Übernachtung in direkter Nachbarschaft, eine tolle Atmosphäre im Team, ein beheiztes Zirkuszelt, lecker Essen und ein dankbares Publikum.

Folgende Grundsätze stehen fest:

Innerhalb des Musenpalastes findet keinerlei Agitation statt.

Aus dem Musenpalast heraus wird nicht für Aktionen geworben.

Warum?

Wir verstehen uns als Rückzugsort und Anlaufstelle für all diejenigen, die durch Erlebnisse an der Strecke einen Ort der Ruhe suchen und Geist und Körper aufwärmen möchten.

**Kontaktadresse: Willem Wittstamm
Tel 05844 9999-0 oder mail@wittstamm.de**

BBU protestiert gegen Uranfabrik

Rot-Grüne Bundesregierung hätte den Ausbau verhindern müssen!

Bonn / Gronau: 16.9.2005: Scharfe Kritik an der rot-grünen Bundesregierung hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V. geübt. Anlaß ist die in dieser Woche erfolgte Grundsteinlegung für den Ausbau der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage (UAA) im westfälischen Gronau.

BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz: "Während die Bundesregierung darum bemüht ist, anderen Staaten wie dem Iran den Betrieb von Urananreicherungsanlagen zu verwehren, wird mit rot-grünem Segen aus Berlin die eigene deutsche UAA in Gronau ausgebaut. Eine Bundesregierung, die auch noch angeblich aus der Atomenergie aussteigen will, hätte die Genehmigung zum Ausbau der Gronauer Uranfabrik verhindern können und müssen."

Nach Auffassung des BBU ist die Zentrifugentechnik, mit der in Gronau gearbeitet

wird, ebenso wie im Iran und in anderen Staaten, grundsätzlich zur Produktion von atomwaffenfähigem Material geeignet. Aus diesem Grund, aber auch, weil Urananreicherungsanlagen den Betrieb von Atomkraftwerken ermöglichen, lehnt der BBU den Betrieb aller Urananreicherungsanlagen weltweit ab. Mit Blick auf die UAA in Gronau weist der BBU darauf hin, dass hier zukünftig pro Jahr Uran für rund drei Dutzend Atomkraftwerke vorbereitet werden soll, weitaus mehr, als für deutsche Reaktoren benötigt wird.

Uran für rund drei Dutzend Atomkraftwerke

Der BBU kritisiert, dass die Entsorgung der UAA Gronau ungelöst ist, dass abgereichertes Uran von Gronau in großen Mengen zur Pseudo-Entsorgung nach Russland gebracht wird, das ins-

gesamt für den Kapazitätsausbau der UAA Gronau mehr Uran gefördert werden muß und dass weltweit die Zahl der hochgefährlichen Urantransporte drastisch ansteigen wird.

Da auch die niederländische Urananreicherungsanlage in Almelo ausgebaut werden soll, werden deutsche und niederländische Anti-Atomkraft-Initiativen bei einer Konferenz im niederländischen Enschede am 1. Oktober das weitere Vorgehen gegen die Urananreicherungsanlagen beraten.

Nähere Informationen hierzu sind in der BBU-Geschäftsstelle oder im Internet unter www.anti-atom-aktuell.de erhältlich. Am 2. Oktober findet traditionell wie an jedem ersten Sonntag im Monat an der UAA Gronau ab 14 Uhr der "Sonntagsspaziergang" verschiedener Anti-Atomkraft-Initiativen statt.

Udo Buchholz

BBU warnt vor Urananreicherungsanlagen

Trennung zwischen sogenannter friedlicher Nutzung und der militärischen Nutzung nur schwer möglich ...

Vor dem Hintergrund der internationalen Auseinandersetzung um das iranische Atomprogramm hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V. seine Forderung nach der sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen weltweit bekräftigt.

Nach Auffassung von BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz kann jeder Staat, der über eine Urananreicherungsanlage (UAA) verfügt, diese ggf. auch militärisch zur Produktion von Atomwaffenmaterial nutzen: "Gerade bei der Urananreicherung ist die Trennung zwischen sogenannter friedlicher Nutzung und der militärischen Nutzung nur schwer möglich. Wer das spaltbare Uran-235 auf 3% anreichern kann, hat im Grunde auch das Know-How, wie man es auf 80-90%, also atomwaffentauglich, anreichert." Hinzu kommt, so der BBU, daß bei der Urananreicherung in großen Mengen das sogenannte abgereicherte Uran anfällt, daß wieder-

holt als Uranmunition zum Einsatz kam. Neben der militärischen Brisanz von Urananreicherungsanlagen warnt der BBU davor, daß auch Urananreicherungsanlagen, wie z. B. die einzige deutsche im westfälischen Gronau, Radioaktivität abgeben, Atommüll produzieren und hochgefährliche Urantransporte erforderlich machen.

Umweltverbände und Initiativen protestieren gegen den Ausbau der niederländischen Uranfabrik

Gegen den beantragten Ausbau der einzigen niederländischen Urananreicherungsanlage (UAA) in Almelo hat der BBU jetzt aktuell fristgerecht Einspruch beim niederländischen Umweltministerium erhoben. Auch der Verband "VERBRAUCHER für unbelastete Nahrung e. V. / VuN" und örtliche Gruppen wie der Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG) e.V. haben

Einsprüche erhoben. Weitere Unterstützung im Einspruchsverfahren kam aus Städten wie Marburg und Oldenburg, und sogar aus Wien. Obwohl in den Niederlanden nur ein kommerzielles Atomkraftwerk in Betrieb ist, soll die niederländische Urananreicherungsanlage derart erweitert werden, daß in ihr jährlich Uran für den Einsatz in rund 30 Atomkraftwerken vorbereitet werden kann. Nachdem der niederländische Umweltverband Milieudéfense 2004 den Ausbau der Anlage gerichtlich stoppen konnte, läuft derzeit ein neues Genehmigungsverfahren.

Nähere Informationen zum beantragten Ausbau der UAA Almelo gibt es im Internet unter:

<http://www.bbu-online.de/temp/Almelo.htm> und bei BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz telefonisch unter 02562-23125.

Udo Buchholz

Sorge um Tschernobyl-Sarkophag

Experten beunruhigt über Zustand

KIEW, 07. September (RIA Nowosti). Die Strukturkomponenten des Sarkophags, die den unfallbeschädigten Reaktor des AKW Tschernobyl abdecken, sind beschädigt und können aufbrechen, was zum Austritt radioaktiver Strahlungen führen kann, meinen Experten der Organisation "Tschernobyl-Forum".

Ihre Prognose veröffentlichte die ukrainische Zeitung "Segodnja". Zugleich teilte die Pressestelle des Ministeriums für Zivilschutz der Ukraine mit, dass das Objekt "Schutzhülle" weiterhin "erfolgreich bis zu dem Augenblick seine Funktionen

erfüllen wird, bis an seiner Stelle der neue Rettungsbogen als Sarkophag gebaut sein wird".

4000 Menschen mit Schilddrüsenkrebs

Der neue Mantel des Blockes wird in Form eines Bogens mit einer Höhe von 100 Metern und einer Ausdehnung von 250 Metern errichtet. Er wird auf einem sicheren Gelände in der Nähe des Objekts montiert und dann dem alten Sarkophag aufgestülpt. Die Ausschreibung für den Bau des Bogens soll Ende November erfolgen, teilte die Pressestelle mit. Im Anschluss beginnen die

Arbeiten, um den neuen Mantel fertig zu stellen und zu installieren. Am Bau werden 3000 Fachkräfte mitwirken. Nach Angaben ausländischer Experten betrug die Zahl der Opfer der Tschernobyl-Katastrophe etwa 4000 Menschen. Ungefähr 600 000 Menschen waren in Folge der Katastrophe und der Beseitigung ihrer Nachwirkungen einer erhöhten radioaktiven Strahlung ausgesetzt. Bei rund 4000 Menschen, vor allem Kindern, wurde Schilddrüsenkrebs diagnostiziert. Der Organisation Tschernobyl-Forum gehören acht UN-Agenturen, die Weltbank, Russland, Weißrussland und die Ukraine an.

Uranmangel treibt Preis auf Rekordhöhe

440 Atomkraftwerke im Betrieb - 35 im Bau ...

Innerhalb der nächsten 10 Jahre werden am globalen Bedarf von Uran 45.000t fehlen. Dies geht aus einem Bericht der Asia Pacific Foundation aus Kanada hervor. Der Bedarf beträgt etwa 70.000t, wovon die Hälfte aus Minen gefördert wird und die andere aus militärischen Lagern kommt. Die Menge, die man auf diesem Weg beschaffen kann wird in den nächsten Jahren deutlich fallen.

Es gibt derzeit 440 Atomkraftwerke die im Betrieb sind, 35 sind im Bau und es gibt Pläne für 25 weitere. Ganz besonders hoch ist die Nachfrage des chinesischen Marktes, der diesen Versorgungsmangel erzeugen wird. China hat vor, bis zum Jahr 2020 40 neue Atomkraftwerke zu bauen. Neben China haben auch andere Länder bekannt gegeben, sich mit neuen Atomkraftanlagen von den steigenden Öl- und Gaspreisen unabhängig zu machen. Dazu kommt die Fragestellung, womit man die Energieproduktion ersetzt, wenn man alte Atomanlagen schließt.

Leigh Clifford, der Topchef des Minengiganten Rio Tinto, erklärt, Uran stehe als wichtiger Punkt auf der Tagesordnung. Als einer der größten Uranproduzenten freut er sich darüber, dass sich der Marktpreis in den vergangenen zwei Jahren auf ca. 30 Dollar verdreifacht hat.

Kanada größter Produzent ... gefolgt von Australien

Rio Tinto und BHP Billiton produzieren 25 Prozent des Weltmarktanteils. Kanada ist der größte Produzent, gefolgt von Australien. Die Weltproduktion von Uran hat seinen Zenit im Jahre 2001 überschritten und Experten rechnen damit, dass es ungefähr zehn Jahre dauern wird, bevor man neue Minen in Betrieb nehmen kann.

Der Umweltschützer Poul Mobbs versteht deshalb die wiedergewonnene Freude am Uran nicht ganz und erklärt: "Warum soll man den Mangel an Erdöl mit Mangel an Uran ausgleichen?" Der britische Premierminister Tony Blair hatte angekündigt, sich im Laufe der kom-

menden Monate zur Zukunft der Energieerzeugung zu äußern, und dabei zu begründen, warum daran gedacht wird, in Großbritannien neue Atomkraftwerke zu bauen. Dort sollen zwölf alte Kernkraftwerke, die heutzutage 20 Prozent der englischen Energieversorgung sichern, bis zum Jahre 2023 geschlossen werden.

Im Augenblick arbeiten Beamte und Minister an einem Energieschwarzbuch, das im Oktober veröffentlicht werden soll. Man erwartet, dass dieses Schwarzbuch erklären wird, dass es Großbritannien schwer haben wird, den Kyotovertrag zu erfüllen, wenn man nicht den Verbrauch von Öl und Kohle sichtlich verringert. Man arbeitet daran, dass bis zum Jahre 2010 zehn Prozent der Energieversorgung durch Erneuerbare Energien erzeugt werden kann.

Diese Zielsetzung erscheint mehr und mehr zweifelhaft, obwohl man den subjektiven Eindruck hat, dass die Zuwachsraten dieser Industrie sehr gut sind, wie zum Beispiel der Bau von Windparks.

Übersetzung eines Artikels aus "Börsen" 17.8.05

Finanziert die Weltbank Atomkraft?

Umweltorganisationen reagieren alarmiert auf Weltbank Präsident Wolfowitz

Der neue Weltbank-Präsident Paul Wolfowitz leitet nach Presseberichten aus Indien einen Kurswechsel der Bank in Sachen Atomkraft ein, befürchtet die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald.

Bei der Pressekonferenz zum Abschluss seiner Reise durch Pakistan und Indien äußerte sich Wolfowitz vorsichtig positiv zur Atomkraftnutzung: "Wenn Sie die Reduktion der CO2-Emissionen betrachten, dann ist vermutlich Atomkraft der richtige Weg. Aber Atomkraft bringt ihre eigenen Umweltprobleme mit sich und ich weiß nicht, ob wir bereit sind das jetzt in Angriff zu nehmen." Für Knud Vöcking von urgewald deuten Wolfowitz' Äußerungen darauf hin, dass sich die Weltbank auf

dem Gebiet der Atomkraft von den bisher geltenden Standards abwenden könnte. "Seit über zehn Jahren hat die Weltbank die klare, schriftlich fixierte, Position, dass Atomkraft sowohl unwirtschaftlich als auch gefährlich ist."

Atomkraft sowohl unwirtschaftlich als auch gefährlich

In der Pressekonferenz in Neu-Delhi bezog Wolfowitz sich auf die Klimaschutz-Initiative der letzten G8-Konferenz. Die Weltbank war aufgefordert worden, sich stärker für saubere Energieträger zu engagieren. "Wenn Wolfowitz jetzt Atomkraft zum Klimaretter erklärt, dann liegt das auf einer Linie mit der Atomlobby und

lässt Schlimmes befürchten." Für urgewald ist die Atomenergie in Ländern des Südens unverträglich. „Atomenergienutzung birgt immer und überall unüberschaubare Risiken, zusätzlich sind die Rahmenbedingungen besonders in Entwicklungs- und Schwellenländern schlechter als in Deutschland. Dazu gehören fehlende Konzepte für die Endlagerung und Unfallmanagement, mangelnde Überwachungskapazitäten sowie die besorgniserregende Verschuldungswirkung von AKW-Bauten. Nicht ohne Grund fördert die Bundesregierung den Export von Atomenergie nicht durch Hermesbürgschaften. Diese Position muss eine Bundesregierung jedweder Couleur auch in der Weltbank einnehmen.“

Knud Vöcking

Demonstration in Südothringen

5000 Protestierer legten sich zu einem Menschenteppich auf die Straße

Mit einem Protestmarsch und anderen Aktionen haben Atomkraftgegner in der südothringischen Kleinstadt Bar-le-Duc am 24.09 die bislang größte Demonstration gegen eine geplante Lagerstätte für hoch radioaktiven Müll auf die Beine gestellt.

Vor der Verwaltung des Departements Maas deponierte die Gruppe "Bure-Stop" eine Petition mit fast 50 000 Unterschriften von Bürgern der Region, die ein lokales Referendum über das Projekt im nahen Dörfchen Bure fordern. Später türmten Demonstranten 40 Säcke mit Erde vor der Präfektur auf: Aus so vielen Departements Frankreichs waren Demonstranten-Delegationen angereist. 5000 Protestierer legten sich zu

einem Menschenteppich auf die Straße. Die geplante Deponie in Bure ist zentraler Bestandteil der französischen Atompolitik. Wie Deutschland hat auch Frankreich die Lagerung des über mehrere zehntausend Jahre strahlenden Mülls nicht gelöst. Im Auftrag der Regierung prüft Andra, die Nationale Agentur für die Behandlung radioaktiver Abfälle, in der 100-Seelen-Gemeinde Bure, ob die dortigen Tonschichten für ein Endlager geeignet sind. 2006 steht ein Grundsatzbeschluss im französischen Parlament an. Kritiker werfen der Regierung und der Nuklearindustrie vor, die Entscheidung für die Lagerstätte in Lothringen längst getroffen zu haben. Corinne Francois von "Bure-Stop" sagt, der Standort bei Bure birge große Risiken. So

könnten unterirdische Wasservorkommen verunreinigt werden. Francois verweist zudem auf geologische Verwerfungen und die Gefahr von Erdbeben. Endlager dienen nur der Absicherung der weiteren atomaren Stromerzeugung, so "Bure-Stop". Die Demonstranten in Bar-le-Duc wurden von Atomkraftgegnern aus Belgien, Deutschland und der Schweiz unterstützt. Die Gegner fordern stattdessen ein Referendum in der Region. Parlament und Verwaltung des Departements Maas lehnen eine solche regionale Volksabstimmung mit dem Argument ab, das Projekt sei von nationaler Bedeutung.

Karl-Otto Sattler/FR

Oktober

- 7.-9.10. - Kongreß „Grundeinkommen“ (attac), www.grundeinkommen2005.org
- 7.10. 19.30 Uhr - Gospelchor aus Oldenburg, St. Johanniskirche Dannenberg
- 7.10. - 21 Uhr - Solidaritätsparty zugunsten BI Uelzen, Achterstraße Uelzen
- 8.10. - 15 Uhr - Castor-Ratschlag Gasthaus Wiese, Gedelitz
- 8.10. 19.30 Uhr - Gospelchor aus Oldenburg, St. Johanniskirche Lüchow
- 9.10. - 13.30 Uhr - Delegiertentreffen in Lüneburg
- 12.10. - 20 Uhr - Widerstandstreffen in Mützingen
- 14.-16.10. - BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) Workshop „Grundlagen der Energiepolitik“ in Berlin
- 21.-23.10. - Konferenz Nuklear-Völkerrecht in Salzburg www.plage.cc
- 27.10. 19 Uhr - KHG Uni Lüneburg Veranstaltung „Braucht Gesellschaft Widerstand? – zwischen Recht, Pflicht, Notwendigkeit und Legitimation“
- 28.-30.10. - Attac-Ratschlag in Würzburg - www.attac-netzwerk.de
- 29.10. - 15 Uhr - Schienenmove ab Esso-Wiese Dannenberg

November und später

- 4./5.11. Regio-Solar-Konferenz 2005 - www.waerme-von-der-sonne.de
- Ab 4.11. - Dannenberg Essowiese Infopunkt
- 5.11. - Anti-Atom-Demo in Lbg - www.erneuerbare-statt-atom.de
- 6.11. - Embryo in Platenlaase - Soli-Konzert Zugunsten des Widerstandes
- 7./8.11. - Castor-Castor-Castor-Castor-Castor - www.castor.de/nix10
- 17.11. - Tagung der Energieagentur NRW - www.ea-nrw.de
- 26.-30.11. - Weltversammlung für Erneuerbare Energien in Bonn, ww.wcre.org
- 8./9.12. - 1. Forum Bioenergie in Berlin, www.ggsc.de
- 13.- 18.12. -WTO-Ministerkonferenz in Hong Kong, www.wto.org
- 8./9.2.06 - Wintertagung Deutsches Atomforum in Berlin
- 9.-12.3.06 - Internationaler Kongreß „20 Jahre Leben mit Tschernobyl – Erfahrungen und Lehren für die Zukunft“, Montforthaus Feldkirch/Österreich

Wiederkehrende monatliche Termine

- Jeden 2. Mittwoch 20 Uhr; Widerstandstreffen in Mützingen
- Jeden Sonntag 14:00 Uhr; Gorlebener Gebet
- Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr; Gronau www.aku-gronau.de
- Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr; Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus
- Jeden 3. Sonntag 14.00 Uhr; Sonntagsspaziergänge in Rossendorf/Dresden
- Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr; Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache



**Solidaritätskonzert für den Widerstand
6.11., 20 Uhr, Cafe Grenzbereiche, Platenlaase**

Embryo

Seit 36 Jahren sind die musikalischen Rumtreiber Embryo unterwegs, auf einer endlosen Tour, die man nur noch metaphysisch als Lebensprinzip begreifen kann. Embryo muss man live gehört und gesehen haben, um sich von der Magie der fein gesponnenen Mixtur aus Weltmusik, Improvisation, Rock, Jazz und archaischem Gesang tragen zu lassen. Eintritt: 9,50 Euro / Ermäßigt 8 Euro

Diskussionsveranstaltung

**„Braucht Gesellschaft Widerstand?
– zwischen Recht, Pflicht, Notwendigkeit und Legitimation“**

27.10.05 – 19.00 Uhr – Universität Lüneburg Hörsaal I

Widerstand regt sich gegen Studiengebühren, gegen Fusionen, gegen den Castor, gegen Europa ...

Welche Bedeutung hat Widerstand für die Gesellschaft? Wie viel Widerstand und wie braucht ihn Gesellschaft?

Diesen Fragen und mehr stellen sich:

- als Vertreterin der Landesregierung, die entsprechend mit Widerstand in der Gesellschaft umgehen muss Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann.
 - für die Beobachtung von Widerstand Elke Steven, politische Sekretärin des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V..
 - als Vertreterin einer Partei, die ihre Wurzeln im Widerstand hat, selbst in der Regierung aktiv Verantwortung wahrgenommen hat und zum Zeitpunkt der Veranstaltung voraussichtlich wieder in der Opposition konstruktiv Widerstand gestalten kann Silke Stokar, MdB und innenpolitische Sprecherin der Grünen
 - für den Widerstand vom jüdisch christlichen Standpunkt her betrachtet PD Dr. Klara Butting, Institut für Theologie der Universität Lüneburg und Studierendenpfarrerin der ESG Lüneburg
 - für das Recht Prof. Dr. Joachim Heilmann, Institut für Rechtswissenschaften der Universität Lüneburg.
- Unter der Moderation von Gernot Knödler, Redakteur der TAZ
 Veranstalter: Evangelische Studierendengemeinde & Katholische Hochschulgemeinde, Präsentiert und unterstützt von der TAZ

**Ich abonniere die
Gorleben Rundschau**

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Name:

Adresse:

Datum, Unterschrift

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow, Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 25851335, Konto: 2060721
 Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: Horst Eckert, Francis Althoff

Bildmaterial: Hini, T. Voigt.

Mitarbeit: U. Buchholz, B. Dannheim, J. Sattari, RIA Nowosti, K. Vöcking, K. O. Sattler, E. Krüger, M. Neseemann, E. Ehmke, F. Althoff, D. Metk, Südwestd. Antiatominitiativen, W. Wittstamm.

Auflage: 2000

BI Büro: Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow
 Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197, bi-luechow@t-online.de,
 www.bi-luechow-dannenberg.de
 Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di und Do 15 - 18 Uhr